

AntragstellerIn:

Juso-HSG#1/ Juso-HSG#2/ Juso-HSG#3

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,

- Änderung des § 8 I der Organisationssatzung der VS von:

Die Mitglieder des Studierendenrats sind die Fachbereichsvertreter*innen nach § 17 und *zehn* weitere Abgeordnete.

in:

Die Mitglieder des Studierendenrats sind die Fachbereichsvertreter*innen nach § 17 und *fünfzehn* weitere Abgeordnete.

Begründung:

Der Studierendenrat ist unbestreitbar ein politisches Gremium. Viele Entscheidungen und Diskussionen sind mehr eine Frage politischer Einstellung als eine Interessenspaltung zwischen verschiedenen Fachgebieten. Werden die Entscheidungen weitgehend in den Fachbereichen getroffen, fallen sie jedoch aufgrund von Mehrheitsentscheidungen von Gruppierungen, die keinen politischen Konsens haben. Vertritt der*die einzelne eine politische Mindermeinung, kann er*sie sich regelmäßig nicht von seinem Fachbereich repräsentiert fühlen. Natürlich ist es unverzichtbarer Teil der Konzeption des Studierendenrats, dass die Fachbereiche im StuRa vertreten sind, damit keiner von ihnen bei Entscheidungen unberücksichtigt ist. Sie sind wesentliche Akteure im StuRa.

Um ein demokratisches Gremium zu sein, das alle Studierenden repräsentiert, reicht dies allerdings nicht aus. Als Ausweg bleiben die Initiativen.

Diese Initiativen sind jedoch stark unterrepräsentiert. Auf 34 Vertreter*innen der Fachbereiche kommen 10 Vertreter*innen von Initiativen. Eine höhere Anzahl an Abgeordneten, die in Rahmen der Uniwahl gewählt werden, belebt die politische Meinungsvielfalt im Studierendenrat durch das demokratische Votum der Studierenden. Dazu gehört, dass demokratische Minderheiten gehört werden und sich demokratische Mehrheitsverhältnisse in der Zusammensetzung des StuRa wiederfinden.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Uni-Wahl als das niedrighschwelligste Angebot zur politischen Teilhabe an der Verfassten Studierendenschaft muss sich diese Bedeutung in der Anzahl der zu wählenden Abgeordneten widerspiegeln. Einen größeren Einfluss auf die bei der Uni-Wahl zu wählenden Abgeordnetenanzahl könnte sich positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken und darüber hinaus auch einen positiven Effekt auf die allgemeine Partizipation und auf das Interesse an der Verfassten Studierendenschaft mit sich bringen. Offensichtlich und gewünscht ist auch, dass dadurch die Sitze der Fachbereiche nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Ohne etwas an der grundlegenden Struktur zu ändern wird so die Repräsentation der Wähler*innen im StuRa gestärkt.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).